seiner Führung zu unterwerfen: die Handwerksmeister, die die kapitalistische Fabrik niederkonkurrierte oder der kapitalistische Zwischenhandel sich untertan machte, die Bauern, die der kapitalistische Wucher, der kapitalistische Handel ausbeutete, ja selbst die Arbeiter, die sich gegen die kapitalistische Ausbeutung aufzulehnen begannen. Vertreter des Hochadels, wie die Grafen Hohenwart und Belcredi, der Prinz Liechtenstein, vor allem aber der Baron Vogelsang, traten als Ankläger gegen den Kapitalismus auf, sie verlangten Schutzgesetze für Handwerker und Arbeiter, freilich nur für die von den liberalen Kapitalisten ausgebeuteten Industriearbeiter, beileibe nicht für ihre Landarbeiter, sie stellten dem Kapitalismus das Ideal eines „christlichen Sozialismus" entgegen, eines Neubaus des ganzen Gesellschaftskörpers auf ständischer Grundlage, mit Zwangsgenossenschaften der Handwerker und der Bauern als Basis und der Landtafel des Adels als Spitze, eines Neubaus also nach dem Vorbild der mittelalterlichen feudalen Gesellschaft. Der „christliche Sozialismus" der achtziger Jahre versprach den Volksmassen ihre Befreiung von der Ausbeutung durch die kapitalistische Großbourgeoisie, um sie in die Gefolgschaft des Feudaladels zu locken, sie im Dienst des Feudaladels gegen die Großbourgeoisie auszuspielen.

So war in dieser Periode die ganze Entwicklung Österreichs durch den Klassengegensatz zwischen dem Feudaladel und der Großbourgeoisie beherrscht. Das mittlere und das kleine Bürgertum und die Bauernschaft bildeten noch nicht selbständige Mächte, sondern waren die Gefolgschaft der beiden Herrenklassen — die einen die Gefolgschaft der liberalen Großbourgeoisie, die anderen die Gefolgschaft des klerikalen Feudaladels. Die Arbeiterklasse endlich, in den Städten von der Großbourgeoisie, auf dem Lande vom Feudaladel ausgebeutet, von liberalen und feudalen Regierungen gleichermaßen unterdrückt, von allen politischen Rechten ausgeschlossen, hatte auf die Entwicklung der Ereignisse noch fast keinen Einfluß.

Das Kleinbürgertum gegen die Herrenklassen.

Standen die Massen des Bürgertums in den sechziger und siebziger Jahren unter der Hegemonie teils des Feudaladels, teils der Großbourgeoisie, so setzten in den achtziger Jahren Bewegungen ein, die das kleine und mittlere Bürgertum von der Hegemonie der beiden Herrenklassen zu befreien suchten.

In den achtziger Jahren entwickelten sich innerhalb des deutschösterreichischen Bürgertums die deutschnationalen Parteien. Stand die liberale Partei unter der Führung der

Großbourgeoisie und der mit ihr eng verknüpften zentralistischen Bürokratie, so wollten die deutschnationalen Parteien das Bürgertum von dieser Führung befreien. Gegen die Großbourgeoisie verfochten sie die Befreiung des Staates von der korrumpierenden Herrschaft der Hochfinanz, gegen die Bürokratie verfochten sie die Befreiung der deutschbürgerlichen Politik von ihrer Unterordnung unter die österreichischen Gesamtstaatsinteressen, unter die Hausmachtsinteressen der Dynastie. Da jüdische Kapitalisten einen sehr großen Teil der Großbourgeoisie bildeten, vollzog sich die Emanzipation des Bürgertums von der großbourgeoisen Führung unter der Flagge des Antisemitismus.

In Wien erstarkte in den neunziger Jahren die christlichsoziale Partei. Auf die Massen der Kleingewerbetreibenden gestützt, die sich gegen die Konkurrenz der Fabriken und der großen Warenhäuser und gegen die Verwandlung der Handwerksmeister in Heimarbeiter des Handelskapitals auflehnten, wurde die christlichsoziale Partei, von Lueger geführt, in den neunziger Jahren zur Massenpartei des Wiener Bürgertums. Je stärker sie wurde, desto selbständiger wurde sie gegen die Feudalherren, die den christlichen Sozialismus ursprünglich begründet hatten.

Der Kampf der Deutschnationalen und der Christlichsozialen gegen die Liberalen war ein Klassenkampf des kleinen und mittleren Bürgertums gegen die Großbourgeoisie, ein Kampf der kleinbürgerlichen Demokratie gegen die großbürgerliche Plutokratie[1]).

Gleichzeitig erstarkte aber auch die Arbeiterklasse. Unter Viktor Adlers Führung auf dem Hainfelder Parteitag (1888) zusammengefaßt, hat die Sozialdemokratie den Ausnahmezustand gesprengt, die Arbeitermassen organisiert und in den Kampf um das allgemeine Wahlrecht geführt.

Die feudale Regierung Taaffe wollte den Wahlrechtskampf der Arbeiterklasse dazu benützen, um die durch das Erstarken der Deutschnationalen und der Christlichsozialen bereits erschütterte liberale Partei vollständig zu zerschmettern. Zu diesem Zweck schlug Taaffe 1893 die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in den Wahlkurien der Städte und der Landgemeinden vor, während die Wahlkurien des Großgrundbesitzes und der Handelskammern unverändert bleiben sollten. Aber gegen diesen Wahlreformvorschlag lehnte sich nicht nur die bedrohte liberale Großbourgeoisie auf, sondern auch der Feudaladel, der die Vernichtung seines alten Feindes, der Großbourgeoisie, nicht mit der Stärkung seines neuen, aufsteigenden

[1]) Plutokratie = Herrschaft der Reichen.

Feindes, der Arbeiterklasse, erkaufen wollte. Die liberale Großbourgeoisie und der Feudaladel stürzten Taaffe und vereinigten sich in der Koalitionsregierung Windischgrätz-Plener. Die beiden Klassen, die bisher einander bekämpft hatten, vereinigten sich miteinander zur Abwehr der aufsteigenden kleinbürgerlichen und proletarischen Demokratie.

Aber diese Koalitionsregierung, von der kleinbürgerlichen wie von der proletarischen Demokratie heftig bekämpft, durch inneren Gegensatz zerrissen, stürzte 1895. Ihr Resultat war die Kompromittierung der liberalen Partei, die sich ihrem historischen Gegner, den Feudalklerikalen, in die Arme geworfen hatte, sobald der Ansturm der Volksmassen sie bedrohte. Die Wahlen von 1897 brachten den Liberalen eine schwere Niederlage; Deutschnationale und Christlichsoziale traten an ihre Stelle. Die Emanzipation des kleinen und mittleren Bürgertums von der Führung der Großbourgeoisie war vollzogen. Zugleich zogen die ersten Vertreter der Arbeiterklasse in das Parlament ein.

War die parlamentarische Machtstellung der Großbourgeoisie zerbrochen, so fiel die Macht in die Hände des Feudaladels zurück. Die Regierungen der Grafen Badeni (1895 bis 1897) und Thun (1898 bis 1899) vereinigten noch einmal unter der Führung des Feudaladels die Vertreter der deutschen klerikalen Bauern und des slawischen Bürgertums. Aber die Deutschnationalen bekämpften das feudale Regime mit der Waffe der Obstruktion. Die Obstruktionskämpfe verschärften den nationalen Gegensatz zwischen deutschem und tschechischem Bürgertum. Der Welle des Nationalismus, die durch Österreich ging, vermochten die Christlichsozialen nicht standzuhalten. Anfangs schwankend, mußten sie sich schließlich unter die Führung der gegen Badeni und Thun kämpfenden Deutschnationalen stellen; sie lösten sich damit von der feudalen Führung vollends los. Der Kampf der „deutschen Gemeinbürgschaft" gegen Badeni und Thun war der Klassenkampf des mittleren und kleinen Bürgertums gegen den Feudaladel. Nachdem es sich zuerst von der Führung der Großbourgeoisie befreit hatte, versuchte das Bürgertum, nun auch die Macht des Feudaladels zu zertrümmern. Und im Kampf gegen die feudale Regierung fand das Kleinbürgertum auch die Unterstützung der Arbeiterklasse, die sich 1897 gegen die Vergewaltigung des Parlaments durch Badeni, 1899 gegen die Oktroyierung des ungarischen Ausgleichs (Zuckersteuer!) durch Thun erhob.

Je heftiger der Kampf der „deutschen Gemeinschaft" gegen die slawisch-feudale Regierung wurde, desto schwerer wurde es den klerikalen Vertretern der alpenländischen deutschen

Bauern, unter der feudalen Führung im Bunde mit Tschechen, Südslawen und Polen gegen das deutsche Bürgertum auszuharren. Die Bauern, von den Kaplänen geführt, rebellierten gegen die Bischöfe, die die politische Kraft der Bauernschaft in den Dienst des Feudaladels stellten. Die alpenländischen Klerikalen begannen sich von der feudalen Führung zu befreien und sich den Christlichsozialen zu nähern, um schließlich in der christlichsozialen Partei aufzugehen.

Sobald sich auch die klerikalen Bauern von der feudalen Führung befreiten, wurde die Herrschaft des Feudaladels unmöglich. Nach dem Sturze Thuns im Jahre 1899 wurde kein Versuch mehr unternommen, die feudal-klerikal-slawische Mehrheit nochmals zu erneuern. Der Feudaladel konnte so wenig mehr herrschen wie die Großbourgeoisie. Die Regierungsgewalt fiel daher in die Hände der Bürokratie (Regierungen Clary, Wittek, Körber).

Aber hatten auch Großbourgeoisie und Feudaladel die Führung verloren, so bestanden doch noch die Wahlrechtsprivilegien fort, auf die sich ihre Herrschaft gestützt hatte. Die alte Wahlordnung widersprach den neuen Machtverhältnissen. 1905 nützte die Arbeiterklasse die russische Revolution und den Konflikt des Kaisers mit dem ungarischen Adelsparlament aus, um diese Wahlrechtsprivilegien zu zerbrechen, die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes zu erzwingen. Die Wahlkurien des Großgrundbesitzes und der Handelskammern, die bisher dem Feudaladel und der Großbourgeoisie ihre Vertretung im Parlament gesichert hatten, verschwanden. In dem 1907 zum ersten Male auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gewählten Parlament waren die Vertreter der liberalen Großbourgeoisie und des Feudaladels beinahe verschwunden, die Vertreter der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Parteien besetzten die Mehrheit der Bänke, ihnen stand bereits eine starke Vertretung der Arbeiterklasse gegenüber. Die kleinbürgerliche Demokratie, die sich soeben an die Stelle der feudalen und der großbourgeoisen Plutokratie gesetzt hatte, hatte sich bereits gegen den Ansturm der proletarischen Demokratie zu wehren.

Der Absolutismus der Bürokratie.

Großbourgeoisie und Feudaladel hatten seit 1867 abwechselnd mittels ihrer parlamentarischen Regierungen den Staat beherrscht. Sobald aber ihre parlamentarische Machtstellung zertrümmert war, wurden sie zu Gegnern des parlamentarischen Regierungssystems überhaupt. Nur mittels büro-